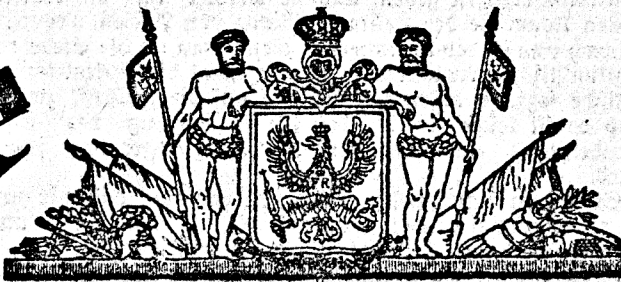


Wossische



Zeitung

Begründet 1704
Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzsattel der Berliner Börse.

Besug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 7,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zelle 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 809, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 288

Was wird werden?

Von
Dr. Walther Rathenau.

Die Gefahr ist so hoch gestiegen, daß für den Augenblick alles Reden von Zukunftsgestaltung unterbrochen werden muß. Wir stehen am Lager eines todkranken Landes, es handelt sich nicht um Zukunftspläne, sondern um die Katastrophe.

Die Menschen können sich nichts anderes vorstellen als das, was ist. Der Gesunde kann sich nicht krank denken, der Reiche nicht arm, die jubelnde Börse weiß nicht, was Zusammenbruch ist, obwohl sie ihn hundertmal erlebt hat.

Im Kriege sah man marschierende Truppen, leuchtende Industrie, stereotype Zeitungsartikel und konnte sich keine Niederlage vorstellen.

Wir leben im gleichen Wahn wie im Kriege, im Schlimmeren. Mit Ausnahme des schwer bedrückten Standes mittlerer Rentnerbesitzer und Rentnempfänger bewegt sich die Lebenshaltung zwischen Behäbigkeit und Heppigkeit. Jeder Einzelne verzehrt mehr als er schafft, das Land verzehrt mehr als es schafft.

Man redet von Gefahr, aber man glaubt sie nicht. Valuta, Valuta! Es hat etwas weiterführendes und angenehmes geistiges, wenn das fremde, vollkommene Wort eifrig gemurmelt wird. Nun, die Valuta sinkt, und die heimliche Butter kostet noch immer etwas unheimliches. Was weiter? Nun, die Valuta wird sinken, oder sich halten, oder steigen, vor hundert Jahren sprach man ebenso von den Metalliques. Es wird Geld verdient oder verloren, meist verdient; es wird wohl etwas Gefährliches daran sein, aber was kann so gefährlich sein, wenn so viel Geld verdient wird?

Sunger, Not, Krankheit, Verwahrlosung heißt die Gefahr, und sie steht vor der Tür.

Kein holländischer, schwedischer, dänischer Rump wird uns retten, und kein internationaler Kongreß der Geldleute. Es tagt in Berlin eine lösende Valutenkommission, die alle Hausmittel aufzählt, anwendbare und unanwendbare. Das zentrale Problem hat sie nicht erfasst: Wir verbrauchen mindestens das Anderthalbfache von dem, was wir verbrauchen.

Wie das möglich ist, habe ich lehrhaft erklärt. Was es bedeutet, wird noch immer nicht verstanden.

Sachlich bedeutet es: daß wir Produktionsmittel und Einrichtungen herunterwirtschaften, in jedem Sinne Raubbau treiben, die letzten veräußerten Vorräte ausbrauchen, Arbeitskraft vergeuden und brach liegen lassen, Materialien und Lebensmittel verarbeiten und verzehren, die uns nicht gehören, sondern die wir uns leihen müssen. In drei Jahren wird bei dieser Wirtschaft das Land in seiner Verwahrlosung nicht mehr zu erkennen sein.

Buchmäßig bedeutet es: daß wir den Unterschied zwischen Produktion und Konsum mit Papier ausfüllen müssen. Gleichviel ob wir brachliegenden Arbeitskräften das bezahlen, was sie nicht produzieren, und was an ihrer Ernährung fehlt — Arbeitslosenunterstützung — oder ob wir eine Milliz besolden oder das Millionenheer der Staatsbeamten ernähren oder unfruchtbare Staatsbetriebe halten oder Reberereien und Bergwerksbesitzer entschädigen oder Lebensmittel im Auslande kaufen — es wird Staatspapier gedruckt.

Gleichviel, ob wir unsere überflüssige Zahlungsbilanz mit eingeführten Luxuswaren belasten oder Rohstoffe kaufen oder Betriebsmittel leihen — es wird Privatpapier unterzeichnet.

Diese Papierflut strömt unaufhaltbar, solange Produktion und Konsum sich nicht ausgleichen. Vermehrt — nicht hervorgerufen — durch die Trägheit des Steuersystems, durch unabwehrbare Kapitalflucht, durch staatswirtschaftliche Vergeudung, vermindert durch den Ausverkauf der Güter und Werte, durch die Marktspekulation des Hotelportiers von Zürich, des Reitenverkäufers von Amsterdam und des Barbiers von Sevilla.

Vermehrt, vermindert — und unaufhaltbar. Da hilft kein schriftliches Heilverfahren, kein Milliardenbendablehen, keine Valutenkonferenz, keine Steuererhebung; die Heilung ist nur am lebendigen Wirtschaftsförderer möglich — Produktion und Konsum. Die Valutapriester werden es nicht begreifen.

Noch im Sommer konnte man glauben, daß der private Rump, der Ausverkauf der beweglichen Güter, die ausländische Bemächtigung unserer Werte die Geldwertverwertung verzögern könnte. Es ist nicht geschehen, die Mißwirtschaft war zu groß. Die Mark ist im Inland auf zwanzig Pfennig, im Ausland auf sechs Pfennige gesunken.

Und sinkt weiter. Unaufhaltbar, solange die Mißwirtschaft dauert, solange nicht eine tiefgreifende organische Umgestaltung Produktion und Konsum in Einklang bringt.

Wenn die Valutapriester mit Anagnathschlag die Geldwertverwertung befehlen, so haben sie alsbald die Frage: wo sollen wir die Rohstoffe herkrögen?

Nein, das ist es nicht. Rohstoffe kann man zur Not bei jedem Geldstand bekommen. Denn ein Sad Kohle, an die Grenze geschafft, ist, unabhängig von der Valuta, immer ein Pfund Kupfer wert.

Wie schlimmer ist es. Wir brauchen nicht nur Rohstoffe, wir brauchen auch Nahrung. Die Mißwirtschaft hat auch die

Die Auslieferungsnote überreicht

Der Inhalt läßt Verhandlungen möglich erscheinen.

Im Laufe des Abends hat der französische Geschäftsträger im Namen des Hohen Rates der Alliierten die Note dem Reichskanzler Bauer übergeben. Wie wir erfahren, läßt die Note eine Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen. Sie stellt in Aussicht, daß noch eine weitere Nachricht des Hohen Rates erfolgen wird, in der die Bedingungen bekannt gegeben werden, unter denen die vereinigten Mächte die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich des gegenwärtig strittigen Punktes in Aussicht nehmen. Nach diesen Feststellungen scheint eine Möglichkeit geboten, daß weitere Verhandlungen in der Auslieferungsfrage stattfinden können.

Bevorstehende Einberufung der Nationalversammlung.

Im Reichstag fand gestern nachmittag die angekündigte Besprechung zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Fraktionsführern der Nationalversammlung statt. Die Beratungen, die streng vertraulich waren, währten bis in den späten Abend hinein.

Nach dem amtlichen Bericht, der über die Besprechungen ausgegeben worden ist, wurde als Ergebnis der eingehenden Ausprache festgestellt, daß die Frage der Auslieferung nur unter Mitwirkung der Nationalversammlung gelöst werden könne. Die Einberufung des Parlaments soll erfolgen, sobald die erforderlichen Unterlagen vorliegen und eine Klärung der Angelegenheit erfolgt ist.

Die Note der Entente ist der deutschen Regierung bisher noch nicht überreicht worden, und auch der amtliche Text der Auslieferungsliste liegt im Augenblick noch nicht vor. Man rechnet damit, daß beide Schriftstücke schon in der allernächsten Zeit, vielleicht schon

heute, der Regierung zugehen werden. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Nationalversammlung noch in dieser Woche einberufen werden wird.

An den Beratungen nahmen von Seiten der Regierung der Reichskanzler Bauer, der Reichsminister des Inneren Hermann Müller, der Reichsjustizminister Schiffer, der Reichswehrminister Noske, Reichsminister Davids und der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer (Kaufbeurer) teil. Die Parteien waren vertreten: die Demokraten durch die Abgg. v. Payer und Dr. Peterfen, die Mehrheitssozialdemokraten durch die Abgg. Scheidemann, Ebbe und Wels, das Zentrum durch die Abgg. Ermborn und Fehrenbach, die unabhängigen Sozialdemokraten durch die Abgg. Dr. Cohn und Hentsch, die Deutsche Volkspartei durch die Abgg. Stresemann und Heinze, und die Deutschnationalen Volkspartei durch Graf Posadowsky und Schiele. (Siehe auch 4. Seite.)

Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft zerrüttet. Alle paar Monate brauchen wir für ein paar Milliarden Lebensmittel, und wenn die Mark erst einen Pfennig oder darunter gilt, werden es ein paar hundert Milliarden sein.

Die aber sind nicht zu erschwigen. Denn für Lebensmittel, die nicht verarbeitet, sondern verbraucht werden, haben wir nur Zettel zu bieten, und die will keiner. Es kommt die Zeit, wo wir unseren Fehlbetrag an Nahrung nicht mehr ausgleichen können.

Hier beginnt die Gefahr. Es kommt die Not. Die Preise schnellen. Gehälter und Löhne passen sich an. Die Presse druckt mit Vollkampfer.

Der Export zwar hört nicht auf. Denn der Begriff: „Ausgleich der Inlands- und Auslandspreise“ ist Unsinn. Stets eilt die äußere Geldwertverwertung der inneren voran und spült die Ware aus dem Lande.

Wohl aber erlaubt der Inlandsverbrauch, vor allem an technischen und konstruktiven Produkten. Schon bei den heutigen Preisen gibt es Gebiete, auf denen der Bedarf nachläßt.

Auch hier kann die fieberhafte Arbeit der Druckerpresse eine Zeitlang gegenhalten. Sie schleudert Milliarden auf Milliarden heraus und hält eine gewisse künstliche Kaufkraft aufrecht.

Dann ist der Zustand des Assignatentwesens erreicht. 1797 in Paris kostete ein Frühstück 30 000 Franken.

Als bald werden sich die Valutenkenner in Währungskenner verwandeln, und es ist wahrscheinlich, daß sie folgendes Mittel finden werden, das heute schon in nebelhaften Formen vor-schwebt:

Nach althamburgischem Vorbild wird die Mark Banco geschaffen: die romantische Benennung wird nach dem Muster von Hilfsdienst und Notopfer durch einen treudeutschen ersetzt.

Wird der Fehler gemacht — welcher Fehler wird nicht gemacht? — die Mark Banco, oder Neumark, oder Notmark, oder Goldmark, oder wie ihre Erfinder sie sonst nennen mögen, in irgend einem Wertverhältnis an die alte Mark zu knüpfen oder sie ohne reale Deckung zu drucken, so ist die Lösung wertlos, denn die neue Mark geht den Weg der alten.

Nehmen wir also an, der Fehler werde nicht gemacht, es werde vielmehr die neue Mark als unsichtbares Berechnungsgeld im Werte eines Vierteldollars eingeführt, was gleichbedeutend ist mit der Erklärung, daß alle deutschen Geschäfte in

Dollarkwährung abgeschlossen werden dürfen, ohne daß eine Dollarnote im Lande zu sein braucht.

Dann erscheint in allen Geschäften ein Aushang: „Daut Borsennotiz wird heute der Hundertmarkschein mit dreißig Pfennigen (oder je nachdem) in Zahlung genommen.“

Wer es erreichen kann, läßt sich nun in neuer Währung bezahlen, er flüchtet vom schlechten Gelde zum guten. Bald kommt die Verordnung, daß Löhne und Gehälter — entsprechend umgerechnet — in neuer Währung gezahlt werden müssen. Im weiteren Verlauf, bei abnehmendem Markwert, erhält der Gläubiger das Recht, seine älteren Forderungen in einem bestimmten Verhältnis in neuer Währung verzinsen und auszahlen zu lassen.

Was bedeutet das? Selbstheilung, Schuldenabwälzung im Sinne Solons, jedoch mit anderen Mitteln, Entschuldung, jedoch ohne offenen Staatsbankrott.

Mancher strenggläubige Sozialist mag sich mit diesem Mittel einverstanden erklären, weil es die Staatsschulden auf einen Bruchteil verringert, die beweglichen Vermögen zerstört und den Angestellten und Arbeiter sichtbar unberührt läßt. Tief beklagenswert aber wäre die Vernichtung des rentenbesitzenden und rentenempfangenden Mittelstandes. Wohlhabend bliebe in Deutschland, abgesehen vom bestrahlenden Schieber, nur der Bergwerksbesitzer und der Agrarier.

Doch selbst bei dieser Regelung kommt kein Brot ins Land. Not und Teuerung bleiben mit ihren Folgen, der Entbehrung und Empörung; nur eine gewisse Stetigkeit des Zustandes und eine Hebung der kalkulatorischen Kreditwürdigkeit wäre erreicht. Die moralische Kreditwürdigkeit freilich wäre tief erschüttert.

Wir haben bisher nur den Teil der Gefahr betrachtet, der aus der inneren Mißwirtschaft folgt. Es tritt hinzu die gewaltig unterschätzte Last des Friedensvertrages.

Wir haben die vertragliche, unter allen Umständen zu erfüllende Pflicht übernommen, Nordfrankreich und Teile Belgiens wieder aufzubauen. Darüber hinaus haben wir eine Kriegsschuldigung zu zahlen, deren Höhe wir nicht kennen. Von dieser Kriegsschuldigung wollen wir nicht reden, sondern vom Wiederaufbau.

Französische Stimmen haben seinen Geldwert in der Größenordnung von 50 Milliarden Goldfranken, zum Teil höher geschätzt, das sind Beträge, die Hunderte von Mil-